



EuropaUnion
Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Bildungsring „Europa MV“



**Europäische
Bewegung
Deutschland**

Informationen

des Bildungsrings „Europa MV“
des Landesverbandes der Europa-Union
Mecklenburg-Vorpommern

Nr. 2/2024 (Nr. 95) – April 2024
Redaktionsschluss: 30.04.2024



**Informationen des
Bildungsringes „Europa MV“
des Landesverbandes der Europa-Union
Mecklenburg-Vorpommern**

Nr. 2/2024 (Nr. 95)

Redaktionsschluss: 30.04.2024

<u>Editorial</u>	3
-------------------------	---

Teil 1: Informationen aus dem Bildungsring „Europa“

„Vorbereitung auf die EU von morgen“ - (Aus der Europäischen Kommission vom 20.03.2024)	5
Zur Bedeutung von politischer Bildung (D. Rucht)	6
„Demokratie“ - ein Songtext	7
Die Demokratie - „ein zerbrechliches Geschöpf“	8
„`Ne Geschicht von twei, der sik nicht rüken köennen“ (B. Böckmann, Kirch Rosin)	9
„Föderalistisches Manifest“ zu den Europawahlen	15

Teil 2: Informationen aus dem Trägerverein LV der EUD in MV

2024 = Wissenschaftsjahr der Freiheit“	19
Zum 30. Geburtstag des Philosophen Immanuel Kant (22.04.1724)	20
Bericht von einem Online-Webinar: „Deal or No Deal“ - Das Rededuell um den Europäischen Green Deal	21

Herausgegeben vom Landesverband der EUD MV.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Joachim Gasiiecki

Editorial

Liebe Europafreundinnen, liebe Europafreunde,

uns allen ist bewusst, in welcher schwieriger, komplizierter und auch gefährlicher Zeit wir leben:

Russland hat am 22.03.2024 den Begriff der „militärischen Spezialoperation“ fallenlassen und dafür offiziell den Begriff „Krieg“ eingeführt. Das macht die Bemühungen um eine wenigstens teilweise diplomatische Lösung des Konflikts nicht leichter.

Eine Gruppe der Terrororganisation „Islamischer Staat“ hat in Moskau am 22.03.2024 eine beispiellose Gewaltaktion gegen die Zivilbevölkerung verübt, die fast 140 Todesopfer gefordert hat. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass sich die Gefahrensituation in der Europäischen Union insgesamt und damit eben auch in Deutschland beträchtlich erhöht hat.

Russland und China haben am gleichen Tag die Bemühungen um die Ermöglichung humanitärer Hilfen für die Menschen im Gazastreifen blockiert, indem sie im Weltsicherheitsrat ihr Veto gegen eine Resolution einlegten, die zu einer Waffenpause führen sollte. Unser „Plattdütschfründ“ Behrend Böckmann hat uns zur Situation im Gaza-Streifen einen faktenreichen historisch und aktuell angelegten Beitrag zur Verfügung gestellt, der sicher auf Interesse stoßen wird.

Immer häufiger wird mit Sorge darauf verwiesen, dass die die „Weltordnung“ zu einer „Weltunordnung“ verkommen ist und gerade Europa sich mehr engagieren sollte, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. In der Zeitung „Phileleftheros“ (Zypern) war zu lesen: „Es besteht kaum Zweifel daran, dass die Welt eine Phase anhaltender Instabilität erlebt, so dass UN-Generalsekretär Guterres von einer von Chaos bedrohten Welt gesprochen hat.“ Und die Zeitung schließt ein kritisches Wort an: „Europa ist zweifellos in mehrfacher Hinsicht in eine Sackgasse geraten: politisch, wirtschaftlich und sozial, aber auch ... ohne bereit zu sein, mehr eigene Verantwortung zu übernehmen.“ - Das Journal „Corriere della sera“ (Italien) zitiert im gleichen Zusammenhang einen früheren italienischen Finanzminister: „Wenn die Realität heute auf Gedeih und Verderb global ist, können Politik und Demokratie nicht lokal bleiben. Gerade deshalb kann Europa, die Heimat der modernen Demokratie, heute das Experimentierfeld für die Rückkehr von Politik und Demokratie sein.“

Am 02.03.2024 haben der Bundesverband der EUD und die Jungen Europäischen Föderalisten ein „Föderalistisches Manifest“ beschlossen, dass wir in der

vorliegenden Ausgabe unserer „Informationen“ zu großen Teilen vorstellen. Dieses Manifest ist eine inhaltsreiche Vorstellung unserer Positionen zu den Europawahlen dieses Jahres. Wir empfehlen allen Kreisverbänden, dem Bildungsring „Europa“ und allen unseren Mitgliedern, die darin enthaltenen Positionen in ihren Veranstaltungen an möglichst viele Bürgerinnen und Bürger heranzutragen!

Ende 2023 sind vom Europäischen Parlament Orientierungen für erforderliche Reformbemühungen in der EU vorgelegt worden. Im März dieses Jahres sind nun von der Europäischen Kommission Maßnahmen eingeleitet worden, um entsprechende Möglichkeiten von Reformschritten zu überprüfen. Im Beitrag „Vorbereitung auf die EU von morgen“ verweisen wir darauf. **Viel wird von der Wahl zum Europäischen Parlament am 09.06.2024 abhängen. Den Ergebnissen dieser Wahl und ihren eventuellen Auswirkungen werden wir uns in der nächsten Ausgabe der „Informationen“ Mitte Juni zuwenden.**

Prof. Dr. Joachim Gasiiecki, Ehrenvorsitzender des LV der EUD-MV



Teil I
Informationen aus dem Bildungsring Europa

Vorbereitung auf die EU von morgen“

Aus einer Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. 03. 2024

Seit Jahren wird über die Notwendigkeit diskutiert, die Europäische Union und ihre Institutionen zukunftsfähig Anforderungen. Die vor einiger Zeit veranstaltete „Zukunftskonferenz“ versuchte, dafür konkrete Ziele und Maßnahmen zu formulieren. Eine Umsetzung der als notwendig angesehenen Aktivitäten ist aber bis heute nicht wirklich angelaufen. Unterschiedliche Positionen der der Mitgliedsländer der EU sind unter den Bedingungen des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat bisher nicht zu überwinden.

So ist es nur zu begrüßen, dass die Europäische Kommission am 20. 03. 2024 eine „Mitteilung über die Überprüfung von Reformen und politischen Maßnahmen im Vorfeld der Erweiterung“ vorgelegt hat. Ausgangspunkt ist eine langfristige Erweiterung der EU, die als eine „geostrategische Investition“ angesehen wird, mit der das „politische und wirtschaftliche Gewicht der EU auf der Weltbühne erhöht“ wird, die „Demokratie auf dem gesamten Kontinent“ gefestigt und „die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes“ gestärkt wird. Die dafür notwendigen Aufgaben werden zusammenfassend so formuliert: „Eine größere Union birgt ein bedeutendes politisches und wirtschaftliches Potenzial. Um diese Möglichkeiten voll auszuschöpfen, müssen wir Bereiche mit Verbesserungsbedarf ermitteln, definieren und frühzeitig erkennen und eine klare Strategie für parallele Fortschritte in den Bereichen Erweiterung und EU-Reformen festlegen.“ Die dafür erforderlichen Überprüfungen von Politikfeldern will die Kommission Anfang 2025 vornehmen.

Höchst bemerkenswert ist eine weitere Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 20. 03. 2024, in der mit „Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen [wird], die Einstimmigkeitsregel im Rat der EU abzuschaffen, um auch künftig die Einigkeit und Handlungsfähigkeit der EU zu gewährleisten ... insbesondere mit Blick auf eine künftige erweiterte EU mit 30+ Mitgliedstaaten“. Dafür sollen „die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der Verträge“ voll ausgeschöpft werden“. Natürlich ist dieser Ansatz von Reformpolitik von großer Bedeutung. In welcher Weise und welchen Zeiträumen Fortschritte zu erwarten sind, wird von der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments abhängen, das am 09. 06. 2024 gewählt wird.

(Joachim Gasiiecki)

Zur Bedeutung von politischer Bildung einerseits und unserer Verantwortung andererseits

(Aus einem Interview mit dem Soziologen und Protestforscher Dieter Rucht im „bpb:magazin“ der Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe März 2024, S. 13)

„Ist es auch ein Versagen von politischer Bildung in Deutschland, dass es überhaupt so weit kommen konnte, dass sich ein erheblicher Teil der Menschen in dieser Republik so sehr von der Demokratie abgewendet hat?“

Das ist auch ein Versagen der politischen Bildung, aber nicht nur. Die politische Bildung kann und konnte nie alles allein richten. Einerseits müssen wir uns klarmachen, dass manche - zum Beispiel junge Menschen, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss verlassen - ja kaum Berührungspunkte mit Angeboten der politischen Bildung haben. Andererseits gab und gibt es immer wieder politische Diskussionen, ob in diesem Bereich gespart werden sollte, etwa durch Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, was in meinen Augen der völlig falsche Ansatz ist. Wir müssen mehr in die politische Bildung investieren, nicht weniger.

Und jenseits solcher Investitionen: Was muss passieren, um wieder mehr Menschen für die Demokratie in diesem Land begeistern zu können, eben auch jenseits von Protesten?“

Da müssen ganz viele mitmachen: die Elternhäuser, die Schulen, aber auch die Zivilgesellschaft, die Politik, eigentlich jede und jeder Einzelne. Wer sich rechtsradikale Sprüche über Ausländerinnen und Ausländer anhört und dazu schweigt, der trägt dazu bei, dass antidemokratische Positionen salonfähig werden oder bleiben. Und es fehlt auch an Zivilcourage. Ich will hier gar nicht den moralischen Zeigefinger erheben. Aber wenn wir uns fragen, wer die Schuld daran trägt, dass es inzwischen so breit getragene, antidemokratischen Proteste gibt, und wie wir dagegen ankommen können, dann trägt jede und jeder Einzelne von uns auch Verantwortung. Es reicht nicht, auf die Politik oder die Institutionen zu zeigen und darauf zu warten, dass sich dadurch die Dinge verändern.“

####

Demokratie

Songtext von Farin Urlaub, Band „Die Ärzte“

Sie ist vielleicht die mächtigste Idee der Galaxie
Gebor'n in Griechenland
Millionen gibt sie Hoffnung, Diktatoren fürchten sie
Der Grund liegt auf der Hand
Doch es gibt sie nicht geschenkt und einfach ist sie nie
Sie wird überall bedrängt
Sie ist das Beste, was wir haben, aber längst noch nicht perfekt
Nein, weit davon entfernt
Sie verlangt viel Arbeit, ist ein ewiges Projekt
Junge, hast du nichts gelernt?
Und du weißt hoffentlich, es geht nicht ohne dich
Du bist erforderlich
Immer nur zu meckern auf das blöde Scheißsystem
Das ist schön bequem
Du bist nicht Teil der Lösung, du bist selber das Problem
Und feige außerdem

Sei nicht so unsportlich, es geht nicht ohne dich
So funktioniert das nicht, es geht nicht ohne dich

Demokratie ist kein Fußballspiel
Bei dem du nur Zuschauer bist
Ihre Feinde machen überall mobil
Ich hoffe, dass du nicht vergisst
Freiheit ist keine App aus dem World Wide Web

Ja, du bist wesentlich, es geht nicht ohne dich
Nicht nur gelegentlich, es geht nicht ohne dich

Und falls du dich jetzt fragst, wie man die Welt verbessern kann
Wie wär's mit Wählen geh'n?
Dein Kreuz gegen Hakenkreuze, damit fängt es an
Dem Hass zu widersteh'n
Und du weißt hoffentlich, es geht nicht ohne dich
So funktioniert das nicht

Die Demokratie - „ein zerbrechliches Geschöpf“

„Häufig vergessen wir, was für ein zerbrechliches Geschöpf die Demokratie ist - ein dünnwandiges Gefäß in den Wirren der Geschichte. Selbst in der Wiege der Demokratie, dem antiken Athen, konnte sich die Volksherrschaft kaum ein paar Jahrhunderte halten. Und während der gesamten kurzen Geschichte der attischen Demokratie zerrten die Kräfte der Oligarchie und Tyrannei von innen an ihr, Generäle führten Komplote, um eine Militärherrschaft zu errichten; aristokratische Geheimbünde heuerten Mordbanden an, um die Führer des Volkes aus dem Weg zu räumen. Terror herrschte während solcher Aufstände, und die Angst der Zivilgesellschaft war zu groß, um die Mörder zur Rechenschaft zu ziehen. Das Volk, so berichtet Thukydides, war ‚dermaßen eingeschüchtert, dass man es für ein Glück hielt, wenn einem nichts Gewaltames widerfuhr‘.“

(Talbot, David: Das Schachbrett des Teufels. - Die CIA, Allen Dulles und der Aufstieg Amerikas heimlicher Regierung. - Westend Verlag, Frankfurt/Main, 1. deutsche Auflage 2017, S. 19.

`N Geschichte von twei, dei sik nich rüken köenen

(Behrend Böckmann, Kirch Rosin)

Hamas is 'n arabisch Wurt für Iewer, Kampflust, Hengåf un ok 'n Utdruck för „Islam'sche Wedderstandsbewägung“ un Hamas näumt sik ok dei palästinensisch-sunnitisch-islamistisch Organisation, dei sik 1987 in Gaza grünnt hett, sik vonne die Autonomieregierung in Ramallah in't Westjordanland afsett un af 2007 die Regierung in'n Gazastriepen stellt. Mihr as 40 Staaten hollen dei Hamas för 'n Terrororganisatschon, denn sei hemm' vör, denn Staat Israel tau vernichten un låten nicks unversöcht, Israel up'e Pöll tau rücken. Üm tau verståhn, worüm Araber un Juden nich gaut miteinander utkåmen, möt 'n wiet inne Geschichte taurüchgåhn.

Dat Hillig Land, dat biblisch Land Kanaan, stünn tau Tiet von Jesus sien Geburt ünner röm'sche Verwaltung un kreech denn Nåmen „Syria Palaestina“ dormit nicks mihr an dei olle Heimat vonne Juden un dat jüd'sche Königriek erinnern süll. Un die röm'schen Stattholler schassen dei Juden ut ehr Heimat un sei wiern von dunn an heimatlos un narrens können's sik säker sien. So warden in't Johr 1096 in Worms twüschen 400 un 800 Juden von Volkskrüztochmaaten dod måkt, in Mainz wiern dat so anne 1000 Juden un insgesamt keemen dörch disse Progrome 5000 Juden tau Dod. An'n Valentinsdach 1349 ward in Straßburg dei ganze jüdsche Gemeinde mit 2000 Personen Opfer vonne Gewalt, 1298 kümmt dat tau dei „Rindfleisch-Progromen“ in Franken, dei œwerschwappen nå Schwaben, Hessen un Thüringen un 5000 Juden finnen denn Dod. Ostern 1389 finnen in Prag bet tau 3000 Juden denn Dod. As Kolumbus 1492 Amerika entdeckt, warden Juden in Spanien malträtiert un in Mäkelnborg mössten in't Bisien von noble un ihrwürdige Minschen 27 Juden denn Flammendod in Stiernbarch starwen un dei annern 265 mäkelnbörger Juden würn ut't Land verdråben. Dat wör 1510 in Berlin nåmåkt, 38 Juden würn bi läbennigen Lief dat Fier œwergåben, all annern Juden ut Berlin jacht. Üm 1884 giff dat inne hütig Ukrain all 'n Bewägung „Nich bi'n Juden inköpen“, denn dor läwten våle Juden un dei Ukrainer schulten afgünstig up disse Landslud. Un as denn dörch dat Ennn' von'n 1. Weltkrieg un dei Oktoberevolutschon niege Grenzen in Europa entståhn, grünen ukrain'sche Natschionalisten 1918 'n „Ukrainische Volksrepublik“. Dei Regierung höllt sik twei Johr un geiht denn nå München in't Exil un höllt sik dor bet 1992. Die düütsche Historiker Götz Aly (Johrgang 1947) hett dit Kapitel ukrain'sche Geschichte ünnersöcht un rutfunnen, dat dat inne twei Johr ukrain'sche Volksrepublik so an 1500 Judenprogrome geef , dat dei Hüser

vonne Juden anstickt un so üm 10.000 Juden un ganze Judenfamilien up'e Strät afmurkst, dod schlägen orrer dod schäten würn.

As Hitler-Düütschland 1941 mit dat Ünnernähmen Barbarossa œwer dei Sowjetunion herföll, wü'r ok dei Ukrain besett un vāle Ukrainer wiern sik mit dei düütschen Besatzer einig un so hemm' bet 1943 300.000 Ukrainer friewillig inne Wehrmacht un as Hülpschandarmen deint un sogar bi Pogromen gāgen dei jüd'sche Bevölkerung hulpen. So würn in'n Sommer 1941 vonne SS mit ukrain'sch Hülp rund 5000 Juden in Lemberg ümbröcht un in'n Harst geef dat denn dat Massaker von Babyn Jar mit 30.000 Dode. Man rākent dormit, dat dörch dit Tausāmenspāl von SS un die ukrainschen Friewilligen 850.000 ukrain'sche Juden denn Holocaust nich œwerlāwten. Dei von Düütschland anzettelt 2. Weltkrieg lecht nich blot Dörper un Städte in Schutt un Asch, sonnern ok 70 Milljonen Dode schlähn tau Bauk, allein 24 Milljonen Sowjetbürger un mihr as söss Milljonen Juden in Europa, dorvon warden vier Milljonen in Konzentratschon- un Vernichtungslager as Auschwitz, Buchenwald, Sachsenhausen tau Dode quālt. Dei Vernichtung vonne jüd'sche Bevölkerung geiht as Holocaust orrer ok as dei Schoa inne Geschicht in un deit dat grote Unglück, die Katastroph, denn Völkermurd an mihr as söss Milljonen Juden in Europa edüden. Wecker jüd'sche Börger können sik dat leisten, nā Amerika orrer nā Palästina uttauwannern. As all anmarkt, dor dei osteuropā'schen Juden taun Enn' von't 19. Johrhunnert inne Ukrain un ok in Russland lech anseihn un lech behandelt würn, wannern ukrain'schun denn ok russ'sche Juden, dei nauch Geld harrn, nā Palästina ut. Dor harr sik 1897 'n zionistische Bewāgung inne biblisch œwerliewert Heimat von't jüdisch Volk in dei Afsicht grünn't, in't Hillig Land 'n jüdschen Staat tau grünnen, wo tau dei Tiet Araber ansässig sünd. Sei wullen in dat Land taurüch, dat bet 536 die röm'sche Provinz „Syria Palästina“ wier un denn an muslim'sche Herrscher œwergüng. Dei Nām Palästina wü'r gāgen 'n arab'schen Nāmen utschudert un ierst an'n Enn' von'n 1. Weltkrieg wedder inführt. Dei Krüzfohrer, dei twüschen 1199 bet 1291 in't Königreich Jerusalem dat Seggen harrn, hemm' blot von't Hillig Land, von't verheitungsvulle Land schnackt. Dei gottgläubigen Krüzfohrer (Christen) kriegen sik mit dei allahgläubigen Sunniten (Moslems) dat Strieden, dei Moslems siegen un herrschten nu dor, wat Palästina einst wier. Twüschen 1250 bet 1516 keemen die Mamluken, ein œwer Ägypten un Syrien herrschend türkisch Militäraristokratie, an't Ruder bet denn dat Land af 1516 Deil von't Osmanisch Riek wier un dat bet taun Enn' von'n 1. Weltkrieg bleef. Dat düütsche Kaiserriek mit Österriek-Ungarn, Italjen un dat Osmanisch Riek (hütige Türkei) as dei „Middelmächt“, dei sik af 1914 mit dei 1907 tau dei „Entente“ (up düütsch: Invernähmen) verbünnten Länner Frankriek, Inghland un Russland bekriegen sik bet dat an'n 11. Nāwelmānd 1918 taun Waffenstillstand kümmt. Dei Russen wiern all ihrer an'n

Enn', denn as dat 1917 tau die „Februarrevolutschon“ in Russland keem, mösst dei Zor denn Haut nähmen un die niege Regierung keem in' Julmånd 1917 mit Düütschland œwerein, 'n Waffenstillstand uttauhandeln un denn Krieg mit 'n denn Frädensverdrach von Brest-Litowsk tau beennen. Doch dei Krieg geiht wieder, Düütschland un sien Frünn' warden denn vonne „Entente-Mächte“ besiegt, tau dei sik noch Amerika gesellt hett. Nägen Milljonen dode Soldaten un söss Milljonen dode Zivilisten sünd tau beklågen. 'N Frädensverdrach ward uthannelt un an'n 28. Rosenmånd (Juni) 1919 as Versailler Verdråch ünnerschräben. Tau glieken Tiet ward dei Völkerbund as Vorgänger vonne Vereinten Natschonen grünnt. Düütschland as Verlierer mösst all sienen Kolonialbesitz afgåben un dei wûr nu Mandaatsrebeit vonn Völkerbund. För't Osman'sche Riek as Verbünnerter von Düütschland un dormit ok Verlierer geef dat 'n Extrakonferenz an'n 10. Austmånd 1920 in Sèvres bi Paris, dat Osman'sche Riek wûr updeilt inne Türkei as Staat un dei Rebeits Libanon, Syrien un Jordanien kreegen Frankriek as Schutzmacht un dei Rebeits Palästina, Irak un Jordanien kreech Inghland as Schutzmacht.

Tau disse Tiet finnen all jüd'sche Inwannerer dat Rebeit üm't antike Jaffa an't Äuwer von't Middelmeeer gaut, fangen dor mit Landwirtschaft an un bugen bald dei sihr bekannten Jaffa-Orangen an, dei von dunn an dei Wirtschaft prosperiern leeten. Un Jaffa kreech 1909 denn Vörurt Tel Aviv, denn „Vörjohrshuckel“, hüt dei „Witte Stadt“ mit ehr välen Buwarken in'n Buhusstål vonne 30er Jöhren. Ierst 1950 warden Jaffa un Tel Aviv tausåmenlecht. In disse Tiet ward Tel Aviv von'n Vörurt nå Jerusalem as gröttst Stadt in't palästinesisches Rebeit (knapp 'n Milljon Inwåhners) tau dei tweitgröttst Stadt (knapp 'n half Milljon Inwåhners) un musert sik taun wirtschaftlich, politisch un kulturell Zentrum.

As all anmarkt, güng man in't Zorenriek nich besonnens fründlich mit dei jüd'schen Mitmischen üm un so keem dat, dat all twüschen 1882 un 1903 so an 25.000 Juden Russland un Rumänien in Richtung Jaffa verleeten. Twüschen 1904 un 1914 keemen Utwannerer in't einst Hillig Land an un twüschen 1919 bet 1923 stimmt dei inglisches Mandatsmacht tau, dat sik 35.000 Juden, mierstendeils ut Polen un dei Sowjetunion, in Palästina ansiedeln dörpen. Twüschen 1924 un 1931 wannern noch eins 80.000 Juden ut Polen un dei Sowjetunion nå Palästina ut twüschen 1932 un 1939 setten sik nå dei „Machtœwernåhm“ 200.000 Juden ut Düütschland nå Palästina af. Nå 'n Utbruck von'n 2. Weletkrieg schaffen dat twüschen 1939 un 1945 noch eins 70.000 Juden ut Polen, Düütschland, Ungarn, Tschechoslowakei un Rumänien, denn Naziterroer tau entkåmen un so tellt dei jüd'sche Bevölkerung in't Palästina ünner inglisches Mandatsheerschaft taun Enn' von'n 2. Weltkrieg 600.000 Minschen. Un disse Minschen wullen nu ok dor läben, wo siet biblisch Tieden so an 400.000 Araber

ehr Daun harrn. Man versöcht miteinander uttauukåmen, ok wenn man sik hier un dor all üm Lännerien un Besitz dat Strieden kreech.

As dei 2. Weltkrieg ut us löst sik dei Völkerbund up un dorför grünen sik an'n 24. Saatmånd (Oktober) 1945 in San Franzisko dei Vereinten Natschonen, dei dat englische Palästina-Mandat æwernähmen un an 15. Mai 1948 mit dei Order utloopen låten, dat ut dat Mandatsrebeit Palästina zwei Staaten entståhn süllen, ein jüd'scher un ein plästinens'scher Staat. An'n Dach dorför verkünnt dei jüd'sche Poletiker Ben Gurion as Vörsidder von'n inwüschen grünnten Jüd'schen Exekutivrat in Palästina die Unabhängigkeit von denn niegen Staat Israel. Ut dat einstig englisch Mandatsgebiet entståhn näben Israel dei Gazastriepen, dat Westjordanland, Jordanien un Transjordanien. Ben Gurion (1886-1973) keem in Polen up'e Welt, wannert 1906 nå Jaffa ut. Doch bald hemm' dei Osmanen em wågen sien politischen Aktivtåten up'n Kieker un wiesen em ut. Hei geht nå Amerika un as dei Luft weddere reigen is, kümmt hei 1918 nå Palästina taurüch un ward taun zionistischen Führungsfigur, die up'n Staatsgrünnung ut wier. Un hei harr an'n 14. Mai 1948 noch gor die Staatsgrünnung von Israel utposaunt, dunn erklären Ägypten, Syrien, Jordanien, dei Libanon, Saudi-Arabien un dei Irak den jungen Staat Israel denn Krieg. Dei duertdenn ein Johr un Israel nimmt Rebeits in, dei dei UNO nich vör Israel vörseihn harr. Dei Araber warden dor Frömde, wo's tau Hus wiern un sei warden schasst un sei warden heimatlos. Palästinenser säuken Tauflucht in'n Gazastriepen, in't hütig Königriek Jordanien, in Syrien un in'n Libanon, in'n Irak un in Ägypten. 150.000 arab'sche Palästinenser warden israelisch Staatsbörgers, hüt giff dat 1,4 Milljonen palästinensisch Israelis. Dei tauwannerten Israelis harrn ehrn Natschonalaastaat, die Araber vör Urt nich. Stännig giff dat Striet, dei von Tiet tau Tiet as Krieg föhrt ward. Israel siedelt in Rebeits, dei för dei Palästinenser vörseihn wiern un dei Palästinenser låten sik dat nich gefall'n un blåsen taun Upstand. Dei Striet geht so wiet, dat dei Palästinenser ünner Maat Jassir Arafat (1929-2004) - för denn dat schwatt-witte Palästinenserdauk „Kufiya“ dat Markenteiken wier - as Kopp von buten dei weltlich instellte Fatah in'n Kampf gågen Israel stüert un af 1969 dei Baas vonne die palästinensisch Befreiungsorganisatschon PLO ward. In'n Tausåmenspål mit anner arabisch Lånner, dei ok nich gaut Fründ mit Israel sünd, kümmt dat ümmer wedder dortau, dat sik nich dei Palästinenser un ok nich dei Israelis an dei UNO-Order von 1948 æwer dei Zwei-Staaten-Lösung hollen. Israel prosperiert un dei Palästinenser möten dat afgünstig mit anseihn.

1994 is dat denn so wiet, dörch diplomat'sche un militår'sche Akschonen schaffen dat dei Palästinenser, dat's 'n Autonomiebehörd as 'n Oort eigen Regierung billen kœnen un so keem Jassir Arafat nå 27 Johr Exil taurüch un billt in Gaza dei ierste „palästinensisch Regierung“. Sülfst mit Hülp von Amerika as

Weltschandarm kämen Jassir Arafat as Baas vonne palästinensisch Autonomiebehörd, Ehud Barak as Ministerpräsident von Israel un Bill Clinton as USA-Präsident in't Johr 2000 nich œwerein, 'n eigenständigen Staat Palästina tau grünen. So bleef Arafat bet tau sienen Dod 2004 dei Präsident vonne palästinens'schen Autonomie-Rebeits, dei 1993 in'n Nåmen vonne PLO mit Israel œwer 'n Fräden so verhandeln däd, dat 'n sik gägensiedig anerkennen wull. Dorför kreeech hei 1994 mit dei israel'schen Poletiker Shimen Perez un Jitzschak Rabin denn Frädensnobelpries. Œwer denn kümmt allens noch ganz anners.

In'n Julmånd (Dezember) 1987 grünen vernarrte Muslimsbräuder in Gaza denn „Islam'schen Wedderstand“, tellen bet tau 80.000 Maaten un willen nu dei weltlich instellte Fatah mit Sitz in Ramallah in't Westjordanland denn Rang aflopen un die Geschäften inne Hand nähmen. Dat kriegen's denn ok för denn 365 km² groten Gazastriepen hen. Von gaut 2,3 Milljonen Bewähner läben 1,7 Milljonen as Frömde in acht grote Frömdensiedlungen un warden von 13.000 Mitarbeiter von't UNRWA-Frömdenhülpswark mit allens, wat taun Läben nödig is, versorcht. Liekers läben 80 Purzent in Powertäh. Un as dei Hamas 2007 dei Wählen winnen, dunn beläwt die Welt, wat „radikalisiern“ bedüden deit. Dei Hamasadepten sünd all Middel Recht, üm Israel tau vernichten un so bucht Israel taun eigen Schutz 'n hogen Tun üm denn Gazastriepen. Un dei Hamas finnen spendable arab'sche Frünn, dei ok nich gaut up Israel tau spräken sünd, un bugen mit dei ehr Hülp denn Mullwörm glik 'n militärisch Tunnelsystem ünner dei Gaza-Ierd. Dor Israel siet 1948 rund 800.000 Palästinenser wägen politischer Unstimmigkeiten achter Schlott un Riegel bröcht hett un mit sien Siedlungspoletik in't Westjordanland ok Öl in't Füler gütt, grippt von'n Libanon ut 'n anner Gottespartei, dei Hisbollah Israel sogor mit Raketen an.

Un denn kümmt dei 7. Saatmånd (Oktober) 2023. Wat för 'n Nacht. Dei Hamas schicken twüschen 2500 un 3000 Raketen nå Israel œwer, rieten mit Bulldozer grote Löcker in denn Grenztun un an'n Morgen gägen Klock söss knaddern twüschen twei- un dreidusend Hamas up Motorrö' in'n Kibbuz Beerli, anner Kibbuzim un Siedlungen, schmieten Handgranaten inne Hüs un Schutzrüm, scheiten wild üm sik un binnen Kortzen finnen knapp 1300 friedlich Börger denn Dod. Allein 360 Besäuker von't Universo-Paralello-Festival inne Neech von'n südisrael'schen Kibbuz Re'im œwerläben dissen Dach nich. Un dat gifft nich blot Mord un Dodschlach, ne, so an 200 Minschen von 'n Baby bet taun Greis warden as Geiseln in't Hamas-Tunnelsystem von Gaza verschleppt un väle sitten dor bet hüt noch fast.

Hett Israel all väl mit dei Hamas beläwt, so bringt disse Angriff dat Fatt taun Œwerlopen. Dei Gazastriepen ward afriegelt un wedder gifft dat Krieg, denn

Israel verkünnt, dat dei Staat kein anner Wähl hett as Gaza tau denn Urt tau måken, in weckern dat momentan orrer gor för ümmer kein Hüsung mihr gäben ward un dat 'n schwore humanitäre Kris dat einzigst Middel is, üm dei Hams bitaukåmen. Die 365 km² grote Gazastriepen mit bummelig 2,3 Milljonen Inwåhners ward tau Lann, See un Luft blockiert, dor sall keinein rin- orrer rutkåmen, bet nich dei letzt Hamas upgiff. In dissen Kampf hemm' bet Hornung (Februar) 2024 an 30.000 Zivilisten denn Dod funnen un mihr as 70.000 wörn verwunnt. Un 'n Enn is noch nich aftauseihn, kein Stein steiht mihr up 'n annern, Wåder, Måhl un Brot sünd Gold wiert, Strom un Sprit äbenso, dei Schaulen sünd dicht, dei Krankenhüs gån die Medikamenten ut, Hülps Transporte luern in Ägypten, dat's rinlåten warden. Un kümmt wat rin nå Gaza, denn kümmt dat ut Not tau Plünnerungen. So wör an'n letzten Dach in'n Hornung (Februar) 2024 'n Tross von 30 LKW mit Hülpsgüder von Palästinsener in Not so plünnert, dat weck ünner dei LKW-Röö' keemen, anner einfach dod peddt wörn un disse Akschon ierst 'n Enn' fünn, as israelisch Flinten språken. Nich all sünd dormit inverståhn, woans Netanjahu as Staatschef gågen die Hamas vorgeiht un dorbi unschullige Palästinsener dusendfach dorför blåuden möten. Männigein fråcht sik, ob sik Netanjahu villicht dei taun Ogenspiegel nåhmen hett, die sik in Oradour un Lidice an unschullig Minschen vergåhn hemm'. Düütschland höllt sik raurüch, wat 'n Kritik an Israel angeiht, denn dei düütsche Geschicht kann dat, wat as „Antisemitismus“ orrer „Judenhass“ inne düütsche NS-Politik bestimmt hett, nich so einfach æwer Bord schmieten. Anners hengågen süht dat 'n Schwiezer Spålmann, dei bi uns in Bramburg låwt, dor nå Demeter-Rågeln 'n Buernhoff ünnerhöllt un af un an ok in't Kiekschapp tau seihn is. Dor hei keinen düütschen Pass hett, dörp hei sien Stimm' nich tau Lanneswåhlen afgåben, hett æwer so sein Bedenken, wenn Trump wedder an't Ruder kåmen süll. Un äbenso kann hei nich verståhn, dat Orban orrer Netanjahu, dei hei för „rechtskonservative Großreichstråumer-Idioten“ höllt, wedder so vål Stimmen krågen hemm', dat's wiederregiern können. Un wenn denn noch Putin, dei sülben nauch Schiet an'n Hacken hett, dat Leid vonne Palästinsener in'n Gazastriepen mit dat Leid vonne Leningrader Bevölkerung wihrend dei Blockad' von'n 8. Harstmånd (September) 1941 bet taun 27. Hartung (Januar) 1944 vergleiken deit - von gaut 2,5 Milljonen Inwåhners hemm' rund 1,1 Milljonen disse Tiet nich æwerlåwt, dor's an Hunger, Krankheiten un Küll storben sünd - denn kann Düütschland æwer Putin herfallen un Israel bidden, humanite Korrodore intaurichten, Hülpskonvois rintaulåten, an dei Zwei-Staaten-Lösung tau denken...

Wecker Schuld up sik låden hett, dei möt ok anner dei Schuld vergåben koenen...

####

Föderalistisches Manifest

zu den Europawahlen am 9. Juni 2024

(Auszug)

In diesem Föderalistischen Manifest, das sich auf die Hertensteiner Thesen und das Düsseldorfer Programm stützt, formulieren wir unsere überparteilichen Erwartungen an die Politikerinnen und Politiker, die in den Jahren 2024 bis 2029 in und für Europa Verantwortung tragen werden. Angesichts der Entwicklungen in der Welt bleibt nicht viel Zeit, Europa unabhängig und nachhaltig auszurichten. Wir beschreiben deshalb ein Europa, für das in den kommenden Jahren die notwendigen Weichenstellungen zu treffen sind, erforderlichenfalls durch das Vorgehen einer hierzu bereiten Gruppe von Mitgliedstaaten.

1. Unser Europa ist demokratisch, rechtsstaatlich und pluralistisch! Unser Ziel ist und bleibt der europäische Bundesstaat, ein föderal und subsidiär organisiertes Europa der Bürgerinnen und Bürger.
2. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen immer wieder aufs Neue bejaht und entschieden nach innen wie nach außen verteidigt werden! Sie sind nicht selbstverständlich. Deshalb muss Europa seine Institutionen und die Instrumente zur Bewahrung und inneren Durchsetzung seiner freiheitlichen Ordnung stärken. Dazu gehören bei Verstößen gegen die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch effektive Sanktionsmechanismen. Daneben gilt es illegitime Einflussnahme durch Transparenz, unabhängige Kontrolle und wirksame Anti-Korruptionsregeln zu unterbinden.
3. Das Europäische Parlament braucht ein Initiativrecht! Ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit einem europaweiten Wahlalter ab 16 und mit einer Erststimme für nationale und regionale Kandidaturen sowie einer Zweitstimme für Listen europäischer Parteien stärkt die repräsentative Demokratie. Eine bessere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Europa ist wichtig!
4. Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern, deshalb müssen sie auch an Entscheidungsprozessen wirksam und nachhaltig beteiligt werden. Die organi-

sierte Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen Verbänden und Vereinen, insbesondere auch Jugendverbänden, ist Expertin der Themen, für die sie sich stark macht, und sollte auch als solche geachtet werden. Um ihrem wertvollen Beitrag für zentrale Zukunftsthemen gerecht zu werden, sollte sie in einen strukturierten Dialog im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen und darüber hinaus im Sinne einer partizipativen und deliberativen Demokratie und einer Stärkung der Europäischen Bürgerinitiative eingebunden werden.

5. Die Einstimmigkeitsregel muss in allen Politikbereichen durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden! Wir wollen, dass auch über Erweiterungen und Vertragsänderungen mit qualifizierten Mehrheiten beziehungsweise per europaweiten Referenden entschieden wird, für die jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger eine gleichwertige Stimme hat.

6. Das Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger beschließt gleichberechtigt mit dem Rat über Einnahmen und Ausgaben sowie über alle europäischen Gesetze. Die EU-Kommission wird zu einer Regierung, die vom Parlament vorgeschlagen und vom Rat bestätigt wird. ...

8. Jede Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger! Politische Bildung und Europabildung sowohl im formalen Schul- und Erwachsenenbereich als auch durch non-formale Bildungsangebote sind wirksame Mittel für ein demokratisches Bewusstsein und gegen Desinformation. Die EU muss Mindeststandards für politische Bildung in den Lehrplänen auf allen Ebenen und in allen Schultypen setzen, europaweite Austauschprogramme und Demokratieförderprogramme verstärken sowie für die europaweite Anerkennung von Bildungsleistungen sorgen. ...

10. Alle Staaten Europas, die sich zu den europäischen Werten bekennen und den europäischen Rechtsbestand übernehmen, haben einen Beitrittsanspruch zur Europäischen Union. Gleichzeitig muss die EU handlungsfähig bleiben. Deshalb unterstützen wir die Vorschläge des Europäischen Parlaments für eine Vertragsreform und fordern die zeitnahe Einsetzung eines Europäischen Konvents.

11. Wir bekennen uns zum kulturellen Erbe Europas, insbesondere der Aufklärung und des Humanismus. Unser Europa ist und bleibt in Vielfalt vereint! Wir lehnen jegliche Formen von Diskriminierung ab. Die weitere Inklusion marginalisierter Gruppen am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben bleibt von herausragender Bedeutung für eine friedliche, demokratische und föderale Integration unseres Kontinents. Dazu gehört die volle Gleichstellung der Geschlechter. Ebenso gilt das für eine konsequente Einbindung

junger Menschen in politische Entscheidungen und eine Priorisierung ihrer Anliegen.

12. Europa ist nach den Weltkriegen als Friedensmacht entstanden. Die europäische Friedensidee muss Kern der europäischen Identität bleiben und verteidigt werden. Der Sicherheitsbegriff Europas beschränkt sich nicht auf die militärische Dimension. Er umfasst die sozialen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und versteht sich als gesellschaftliche und soziale Verantwortung, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden muss. Ein handlungsfähiges Europa stärkt die regelbasierte multilaterale Ordnung.

13. Eine faire Handelspolitik und regelbasierte Außenpolitik sind Teil eines umfassenden europäischen Sicherheitskonzepts, das die EU konsequent weiterentwickelt. Europa bekennt sich zu den Zielen der Vereinten Nationen – ‚weltweiter Frieden, Sicherheit und Abrüstung, Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten, Förderung der Menschenrechte durch internationale Zusammenarbeit‘ - und dient deren Verwirklichung.

14. Die Europäische Union benötigt aufgrund des demographischen Wandels eine geregelte legale Zuwanderung. Sie muss politisch Verfolgten und anerkannten Geflüchteten eine gesicherte Aufnahme bieten. Die EU braucht daher eine gemeinsame, solidarische und menschenrechtskonforme Migrationspolitik, die Asyl, internationalen Schutz, gezielte Arbeitsmigration und Integration regelt und durch internationale Zusammenarbeit aktiv zur Bekämpfung von Fluchtursachen beiträgt und damit der großen Mehrheit der Geflüchteten hilft, die innerhalb ihrer Herkunfts- und in Nachbarländer fliehen.

15. Nationalismus bedeutet Krieg, europäischer Föderalismus sichert den Frieden! Deshalb setzen wir uns für eine Europäische Verteidigungsunion und eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses ein. Ziel ist, Angriffskriege in oder von Europa ausgehend unmöglich zu machen, potenzielle Aggressoren abzuschrecken und zu Frieden und Stabilität in Europas Nachbarschaft beizutragen.

16. Die Verteidigungsunion verfügt über eine europäische Armee, die vom Parlament kontrolliert wird. Zu ihrer Verwirklichung muss die kostspielige und ineffektive Fragmentierung der europäischen Verteidigungssysteme überwunden werden. Eine gemeinsame europäische Beschaffungspolitik sorgt für die erforderlichen Synergieeffekte und bereitet den Weg zur europäischen Verteidigungsunion. Wir fordern die Schaffung des Amtes einer Kommissarin oder eines Kommissars für Verteidigung.

17. Das Europa, das wir wollen, ist nachhaltig! Wir verstehen darunter im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen neben Klima- und Umweltschutz auch einen weiten, das gesamte Wirtschafts- und Sozialleben umfassenden Begriff. Dabei darf auch die ökonomische Nachhaltigkeit nicht ausgeblendet werden.

20. Wir fordern eine Kohäsionspolitik, die sich nicht auf Regional- und Strukturförderung beschränkt, sondern gezielte Anreize schafft für private und öffentliche Investitionen, um die Lebensverhältnisse in Europas Regionen anzugleichen. Dazu gehören nicht zuletzt die europäische Finanzierung von Zukunftsinvestitionen, eine Harmonisierung der Steuerpolitik, mehr europäische Eigenmittel, ein europäischer Mindestlohn, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, ein dauerhaftes Instrument zur Unterstützung von Kurzarbeitsregelungen (wie SURE) sowie weitere Verbesserungen des sozialen Dialogs und der sozialen Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten. Ziel muss die Überwindung extremer Ungleichgewichte sein, die das Fortbestehen der Union und die Weiterentwicklung zur Föderation gefährden können. ...“

Teil 2:
Informationen aus dem Trägerverein
Landesverband der EUD in MV

2024 = „Wissenschaftsjahr der Freiheit“

Das Bundesforschungsministerium hat das Jahr 2024 zum Wissenschaftsjahr der Freiheit ausgerufen. Dahinter stehen ausreichend Gründe, sich den Fragen der Freiheit zu widmen. Dass dabei der Wissenschaft eine bedeutende Funktion zugesprochen wird, ist ein hoch interessanter Vorgang. Hier sei aus dem Editorial der Ausgabe 01/2024 des Wissenschaftsjournals „*Max Planck - Forschung*“ zitiert, die von der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften herausgegeben wird:

„Wie wichtig der Einsatz für Freiheit und Demokratie ist, wurde in den vergangenen Jahren in erschreckend vielen Ländern deutlich, in denen die freiheitliche Demokratie sukzessive demontiert wurde. Indem sogenannte illiberale Demokratien wie Ungarn die Gewaltenteilung einschränken, garantieren sie eben nicht mehr alle liberalen Freiheitsrechte. In Russland, das mittlerweile als Diktatur eingestuft wird, wurden diese Rechte mit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine gänzlich abgeschafft. ... Aber es gibt Hoffnung. Dafür stehen nicht nur Kampagnen wie #Zusammenland und die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus in vielen deutschen Städten. Das Beispiel Polen zeigt, dass freiheitliche Kräfte trotz des autoritären Umbaus durch die PiS-Partei wieder an die Regierung kommen können. ... Sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen, sollte allen Menschen und Institutionen in diesem Land ein Anliegen sein - insbesondere der Wissenschaft: Sie braucht nicht nur die Freiheit, neue Wege zu gehen. Die Kräfte, die Freiheit und Demokratie bedrohen, leugnen auch wissenschaftlich anerkannte Fakten, wie in Debatten zum Klimawandel immer wieder deutlich wird. ... Doch gerade der offene, faktenbasierte Diskurs kennzeichnet eine pluralistische Gesellschaft. Wir möchten dazu beitragen, dass er in Deutschland weiterhin möglich bleibt.“

**Unser Landesverband der EUD-MV und sein Bildungsring Europa
besitzen alle Voraussetzungen, um diesen Wunsch zu unterstützen.
Unsere informativen Veranstaltungen sind von wissenschaftlichen
und zeitgeschichtlichen Fakten nicht zu trennen.
Gerade im Jahr der Europawahlen 2024 bieten sich dafür Möglichkeiten!**

Zum 300. Geburtstag des Philosophen Immanuel KANT am 22. 04. 1724

Alle, die sich irgendwann mit Philosophie beschäftigen, stoßen dabei mit Sicherheit auf den Philosophen **Immanuel Kant**. Er war der herausragendste Philosoph der Zeit der Aufklärung, also etwa von 1720-1800, wobei die wichtigsten Vertreter des Vernunftdenkens Montesquieu, Voltaire, Rousseau und Kant der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts zuzuordnen sind. Und gerade die Gedanken von Kant, obwohl sie nicht immer leicht zu verstehen sind, bleiben auch heute wirksamsmächtig im philosophischen Denken. In unserem philosophischen Gesprächskreis spielte die Ideen von Kant stets eine besondere Rolle. Kant griff frühe Pläne europäischer Bündnisentwürfe und Friedensprojekte auf und entwickelte in seiner Schrift „Vom ewigen Frieden“ von 1775 seine eigenen Vorstellungen. Der erste Satz der Veröffentlichung lautet:

„‘Zum ewigen Frieden‘. Ob diese satirische Überschrift auf dem Schilde jenes holländischen Gasthofs, worauf ein Kirchhof gemalt war, die Menschen überhaupt, oder besonders die Staatsoberhäupter, die des Krieges nie satt werden können, oder gar nur [für] die Philosophen gelte, die jenen süßen Traum träumen, mag dahingestellt sein.“

Zunächst nennt Kant u. a. erforderliche Voraussetzungen für realisierbare europäische Friedensideen:

1. *„Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“*
2. *„Das Völkerrecht soll auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein.“*
3. *„Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein“* - d.h. aktuell ausgedrückt: in wirklichen Notsituationen besteht ein Recht der Migranten auf Aufnahme, aber außerhalb von unmittelbaren Gefahrensituationen ist auch eine Minderung der Unterstützung bzw. Zurückweisung der Einwanderer möglich.

Schließen wir mit einem optimistischen Satz von Kant:

„Wenn es Pflicht, wenn zugleich gegründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung wirklich zu machen, so ist der ewige Friede, der auf die bisher fälschlich so genannte Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die, nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele (weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig näher kommt.“

(Zusammenstellung: Joachim Gasielki)

The poster features three circular portraits of the speakers and moderator. At the top left is Dr. Christian Ehler (CDU/EVP), Industriepolitischer Sprecher, with the EVP logo below. At the top right is Michael Bloss (Grüne/EFA), Klimapolitischer Sprecher, with the GRÜNE/EFA logo below. In the center is the moderator, Lukas Scheid, Redakteur Europe.Table. The main title 'Deal or No Deal?' is in large red letters on a white background, with the subtitle 'Das Rededuell um den Europäischen Green Deal' in white on a red background below it. At the bottom, the date and time 'Mittwoch, 24.4.2024 | 16:00 - 17:00 Uhr' are displayed in red, flanked by the 'Europe Calling' logo on the left and the 'TABLE EUROPE' logo on the right.

Das Webinar zum Green Deal war eine durchaus spannende Diskussion über die Erfordernisse und Möglichkeiten, die zur Durchsetzung der Ziele des Klimaschutzes in Europa erforderlich sind. Die beiden Diskussionspartner, die in dieser Online-Veranstaltung ein „Duell“ austrugen, um ihre Ansichten vorzustellen, gaben sich alle Mühe, in der relativ kurzen Zeit stichhaltige Argumente darzulegen. Für den online mithörenden Teilnehmer war es aber durchaus nicht leicht, die einzelnen Interna der Diskussion zu verstehen und für die tagtägliche Diskussion mit Menschen aus ganz verschiedenen Bereichen und mit unterschiedlichen Altersstrukturen anwendbar zu machen. Mit den folgenden Zeilen versucht der Berichtersteller eine knappe inhaltliche Zusammenfassung zu geben, er hat aber nicht das Ziel, jeden einzelnen Aspekt der Diskussion zu verarbeiten

Zwei Partner mit unterschiedlichen Ansichten standen sich gegenüber: Dr. Christian Ehler von der EVO-Fraktion und Michael Bloss von der Grünen/EFA-Fraktion des europäischen Parlaments.

Der Sprecher der Grünen, Herr Bloss, nahm als seinen Ausgangspunkt, dass der Green Deal im Rahmen des Klimaschutzes notwendig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu entwickeln. Es bestehen genügend globale Anforderungen, die in diesem Zusammenhang beachtet werden müssen. In verschiedenen Zusammenhängen bestand sein Schwerpunkt im wesentlichen darin, die Notwendigkeiten neuer Technologieentwicklungen zu unterstreichen, die besondere umfassende Regulierungsmaßnahmen für die industriellen und anderen wirtschaftlichen Bereichen benötigen. Hindernisse dafür sah u. a. in der Schwierigkeit, die notwendigen Investitionsmittel bereit zu stellen. Außerdem hob er hervor, dass die Unterschiede der Möglichkeiten und der Lösungs-

varianten zwischen den kleinen und den großen europäischen Ländern zu groß sind, die kleinen Länder brauchen bessere Bedingungen. Er hielt große europäische Investitionsvorgaben für ebenso erforderlich wie umfangreiche Regulierungen der in der EU und in den einzelnen Mitgliedsländern vorhandenen Investitionsmittel für die umzusetzenden Maßnahmen. Wir müssen den Markt und die erforderlichen Regulierungsmittel miteinander vereinen, um im Endeffekt den Menschen zu nützen. Wohlstandsentwicklung ist nur mit Hilfe des Green Deal zu verwirklichen, auf den Markt müssen wir uns dabei stärker ausrichten. Wir brauchen zukünftig neue Ideen.

Der Sprecher der EVD-Fraktion, Herr Ehler, sah es als sicher an, den Klimaschutz weiter zu entwickeln. Als unbrauchbar hob er hervor, dass wir politisch und wirtschaftlich alles gleichzeitig wollen und damit besonders die Industrie überfordern. Als völlig falsch stellte er die Zeitdauer von Genehmigungsverfahren heraus, die in der Regel fünf oder mehr Jahre erfordern. Wir haben zu viel Einzelvorschriften und Regulierungsmaßnahmen. Insgesamt wünschte er mehr Marktanreize, weniger Bürokratie und ein besseres Zusammenwirken von staatlichen Organen mit Industrieentwicklungen, wie es z. B. im Land Brandenburg in Deutschland mit der Ansiedlung von TESLA praktiziert wurde. Uns fehlen ausreichende helfende Instrumente für ein solches Vorgehen. Mehrfach unterstrich er in diesem Zusammenhang einen - wesentlich von der Wirtschaft - getragenen europäischen Kapitalmarkt. Die Kapitalbeschaffung ist nicht nur aus Steuermitteln des Staates zu schaffen. Jegliche staatliche Überregulierung ist schädlich. „Die Politik kann die Wirtschaftsmärkte nicht führen oder regulieren“, so seine Worte. Notwendig ist eine Antwort auf die Frage, wie wir mit welchen Maßnahmen die Dinge in Industrie und - ebenfalls sehr wichtig - in der Landwirtschaft voranbringen. „Träume“ von einer „gesteuerten Industriepolitik“ werden platzen. Das neu zu wählende Europaparlament hat große Aufgaben vor sich.

(Berichterstatter: Joachim Gasielki)